



Politik

Präsident Lai wünscht Gespräche mit China auf Augenhöhe



Bei einer Gedenkveranstaltung in Taipeh für den verstorbenen Demokratieaktivisten Nylon Cheng bekräftigte Präsident Lai Ching-te am 7. April seinen Wunsch nach Gesprächen mit China auf Augenhöhe.

Taiwan sei kein Teil der Volksrepublik China und habe das Recht auf eine Lebensweise, die Demokratie, Freiheit und Menschenrechte schütze, sagte er.

Anschließend stellte er die vier Säulen seines Friedenskonzepts vor, das er erstmals in seiner Antrittsrede im Mai 2024 präsentiert hatte: Die erste Säule besteht in der Stärkung der nationalen Verteidigung, einschließlich Waffenbeschaffung und Ausbau eigener militärischer Fähigkeiten.

Die zweite Säule bildet die Erhöhung der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit ab. Lai betonte, dass Taiwans Investitionen nach China von 83,8 Prozent im Jahr 2010 auf 3,7 Prozent im Jahr 2025 gesunken sind - Ausdruck einer Strategie, die auf „Verankerung in Taiwan bei gleichzeitiger globaler Ausrichtung“ setzt.

Die dritte Säule ist die Vertiefung der Zusammenarbeit mit demokratischen Partnern zur Sicherung der regionalen Stabilität. Der Präsident verwies dabei auf jüngste G7-Erklärungen zur Bedeutung von Frieden in der Taiwanstraße.

Die vierte Säule schließlich besteht in der Aufrechterhaltung stabiler Beziehungen über die Taiwanstraße hinweg – auf Grundlage von Gleichberechtigung und Würde.

Unterdessen veröffentlichte die Leiterin der Kabinettskommission für Meeresangelegenheiten, Kuan Bi-ling, ein Bild mit aktuellen Positionen chinesischer Kriegsschiffe rund um Taiwan. Sie sprach von einer „Taiwan-Käfig“-Strategie Pekings.

Auch der Minister der Kabinettskommission für Festlandangelegenheiten, Chiu Chui-cheng, forderte China auf, mit der demokratisch gewählten Regierung Taiwans zu sprechen und den militärischen Druck zu beenden.

Nationales Sicherheitsbüro warnt vor massiven Cyberangriffen vor Lokalwahlen

Im parlamentarischen Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten und Nationale Verteidigung fand am 8. April eine Anhörung des

Nationalen Sicherheitsbüros zur Lage der Sicherheit Taiwans statt.

Laut Sicherheitsbüro wurde das Regierungsnetzwerk im ersten Quartal mehr als 170 Millionen Mal angegriffen. Das Büro meldete zudem rund 13.000 auffällige Konten und über 860.000 strittige Meldungen. Demnach verbreite China über Staatsmedien, Troll-Netzwerke, Fake-Accounts und Content-Farmen vermehrt kontroverse Inhalte und versuche, die politische Spannung in Taiwan zu erhöhen.

In seinem Bericht nennt das Sicherheitsbüro unter anderem auch verstärkte Propaganda zur Einführung eines "Gedenktags der Rückkehr Taiwans".

Bei den militärischen Aktivitäten zählte das Büro im ersten Quartal 2026 über 420 Luftraumverletzungen durch chinesische Flugkörper und zehn Patrouillen von Luft- und Seestreitkräften. Chinesische Küstenwachschiffe seien regelmäßig in Sperrzonen um Außeninseln eingedrungen und hätten dabei teils das automatische Schiffsidentifikationssystem (AIS) abgeschaltet, um Taiwans Reaktionsfähigkeit zu testen.

Bezüglich Infiltration und Spionage wies das Nationale Sicherheitsbüro darauf hin, dass die Kommunistische Partei Chinas aktive und pensionierte Militärangehörige mit Angeboten für Investitionen, Geschäftsmöglichkeiten oder Geldprämien geködert habe, um sensible Informationen zur Verteidigung Taiwans auszuspionieren.

Bislang wurden 58 Personen wegen Spionage angeklagt, darunter 32 aktive und pensionierte Militärangehörige.

Das Sicherheitsbüro geht davon aus, dass der Hintergrund der vermehrten Angriffe die Lokalwahlen in Taiwan Ende des Jahres sein könnten. Es sei nicht auszuschließen, dass Peking die Eingriffe als Vorbereitung auf eine Wahlbeeinflussung nutzt.

Delegation des Bundestagsausschusses für Recht und Verbraucherschutz besucht Taiwan

Eine sechsköpfige Delegation des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages unter der Leitung seines amtierenden Vorsitzenden Carsten Müller besuchte vom 1. bis 3. April Taiwan. Der Bundestagsabgeordnete Müller fungiert auch als Ko-Vorsitzender der Deutsch-Taiwanischen Dialogplattform.

Die Delegation, der Abgeordnete aus vier politischen Parteien von Regierung und Opposition angehörten, traf während ihres Aufenthalts auch mit dem geschäftsführenden Präsidenten des Justizhofs, Hsieh Ming-yang, sowie mit dem Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats, Joseph Wu, zusammen. Darüber hinaus führte sie Gespräche mit dem Justiz- und Rechtsausschuss des Parlaments sowie mit Vertretern aus den Bereichen Recht und gesellschaftliche Resilienz.

Bei einem Essen mit dem stellvertretenden Außenminister François Chihchung Wu erklärte dieser, dass Taiwan und Deutschland gleichgesinnte Partner seien, die Werte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit teilen. Er zeigte sich erfreut über die zunehmende Festigung der bilateralen Beziehungen der letzten Jahre. Taiwan spiele eine unverzichtbare Rolle in der globalen Wirtschaft sowie in Halbleiter- und High-tech-Lieferketten und baue seine Investitionen in Europa weiter aus. Die enge Zusammenarbeit mit der lokalen Industrie schaffe eine Win-win-Situation für gemeinsames Wachstum.

Carsten Müller bekräftigte die Unterstützung der Delegation für eine weitere Vertiefung der bilateralen Beziehungen in allen Bereichen und würdigte Taiwan als Vorbild für Demokratie weltweit.

In seiner Funktion als deutscher Ko-Vorsitzender der Deutsch-Taiwanischen Dialogplattform betonte er zudem seine Bereitschaft, den Austausch zwischen den Zivilgesellschaften weiter zu stärken, hieß es in der Mitteilung des Außenministeriums.

Wirtschaft

Nahost-Konflikt: Regierung in Taiwan stabilisiert Preise und Versorgung

Kabinettsprecherin Michelle Lee teilte auf einer Pressekonferenz am 6. April mit, dass laut Premierminister Cho Jung-tai, die Sicherstellung einer geordneten Produktion und Verteilung zur Preisstabilisierung in Taiwan oberste Priorität habe. Das Wirtschaftsministerium solle das staatliche Öl- und Gasunternehmen CPC sowie das Petrochemieunternehmen Formosa Plastics anweisen und koordinieren, die Produktion aller relevanten Rohstoffe stabil zu halten und die Beschaffung weiterer Lieferquellen zu verstärken, um Preisstabilität zu gewährleisten.

Außerdem müssten laut Premier Cho illegales Horten und Preismanipulationen auf dem Markt durch gemeinsame Kontrollen verhindert werden. Sollten vermehrt oder schwerwiegende Verstöße auftreten, würden weitere Maßnahmen geprüft. Die Regierung werde weiterhin aktiv auf die Entwicklungen im Nahen Osten reagieren, um Preisstabilität und die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Der stellvertretende Generaldirektor der Behörde für industrielle Entwicklung des Wirtschaftsministeriums, Tsou Yu-hsin, erklärte, dass unter anderem die Preise für Strom, Benzin und Diesel sowie Gas im April nicht erhöht würden. Durch Anpassungen bei der Beschaffung sei die Gasversorgung bis Juni weitgehend gesichert. Die Sicherheitsreserven könnten mehr als 11 Tage aufrechterhalten werden; auch die Rohölbestände reichten für über 140 Tage.